



LANDESBEZIRKSVORSTAND

„Personalentwicklungskonzept“ – oder wie spare ich ein Land kaputt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Dienstag, 27. März 2007, ist im Land nichts mehr wie es war. Mit der Vorlage eines Personalentwicklungskonzeptes durch den Finanzminister Bullerjahn und der Zustimmung des Kabinetts wird sich Sachsen-Anhalt bis 2020 vollständig verändern.

Zum ersten wird das Land nach Meinung der Landesregierung weiter deutlich Einwohner verlieren. Ob diese Entwicklung so eintritt, wird allerdings mittlerweile auch bezweifelt.

Weiter ist die Landesregierung der Auffassung, dass das Land noch weniger Einnahmen haben wird, als das heute der Fall ist. Deshalb ist es Aufgabe der Landesregierung, eine vernunftorientierte Haushaltspolitik zu führen.

Gleichzeitig ist es aber auch Aufgabe der Landesregierung, für eine angemessene innere Sicherheit und Ordnung zu sorgen.

Die Landesregierung ist seit diesem Dienstag der Meinung, dass die innere Sicherheit und Ordnung im Land mit 5500 Polizeibeamtinnen und Beamten gewährleistet werden kann. Eine Begründung dafür liefert Bullerjahn hinterher. Er versucht allen glaubhaft zu machen, dass dann in Sachsen-Anhalt die gleichen Verhältnisse wie in Rheinland-Pfalz oder Schleswig-Holstein herrschen würden. Mindestens, was die Anzahl der Einwohner je Polizeibeamten angeht, hat er recht. Aber wider besseren Wissens hat er einen wesentlichen Punkt außer Acht gelassen. Das betrifft die Kriminalitätsbelastung und die Aufgaben der Polizei, die sich aus dem Straßenver-

kehr ergeben. Wider besseren Wissens deshalb, weil ein Gutachten¹ (übrigens durch den Finanzminister in Auftrag gegeben) zu einem anderen Schluss kommt. Hier wird der Polizei in Sachsen-Anhalt eine deutlich höhere Anzahl an Polizeibeamten als „vergleichbare“ Flächenländer im Westen Deutschlands zugesprochen.

Gleichzeitig erkennt er in seinem Konzept, dass die Polizei eine Altersstruktur besitzt, die eine zukünftige Aufgabenerfüllung nicht leichter macht. Er geht außerdem davon aus, dass sich die Finanzsituation des Landes deutlich verschlechtern wird. Trotzdem verschiebt er die Lösung des Problems auf die nächste Legislaturperiode und verspricht dann deutlich höhere Einstellungen. Hier entsteht sofort die Frage, wer gibt die Garantie dafür, dass diese Einstellungszahlen tatsächlich erreicht werden oder fällt diese Aussage auch der Diskontinuität der Legislatur zum Opfer?

Mit der Verschiebung der Lösung dieses Problems verbinden sich die nächsten zwei Probleme. Erstens versucht der Finanzminister die Fachhochschule der Polizei so zu reduzieren, dass die zurzeit 60 Studierenden gerade Platz haben. Andererseits werden wir ab 2009 wieder jedes Jahr mindestens 200 Neueinstellungen haben, jedenfalls geplant. Als ob man eine Bildungseinrichtung im Jahreszyklus um das Dreifache aufrüsten kann. Zu befürchten ist außerdem, dass es dann kaum noch genügend Schulabgänger gibt.

Deshalb kann unsere Forderung nur lauten:

Das Personalabbaukonzept für die Landespolizei ist durch ein echtes Personalentwick-



Karsten Schmidt kritisiert die Personalpolitik der Landesregierung.

lungskonzept zu ergänzen. Hier muss der Personalabbau mit der Verbesserung der Altersstruktur und den Neueinstellungen korrespondieren. Diese jungen Beamtinnen und Beamten müssen sofort in der Mindestzahl von 150 eingestellt werden, um die zukünftige Personalstärke mit einer gesunden Altersstruktur sicherzustellen.

Dazu werden wir in Kürze weitere Gespräche mit Mitgliedern der Landesregierung, besonders mit dem Finanzminister, führen. In diesen Gesprächen müssen die o. g. Forderungen im Mittelpunkt stehen. Dazu werden wir darauf drängen, dass das Personalentwicklungskonzept für die Polizei des Landes Sachsen-Anhalt endlich vorgelegt und in der Polizei diskutiert wird. Dieses Konzept muss eine Qualitäts- und Gesundheitsoffensive beinhalten. Der Anteil des gehobenen

Fortsetzung auf Seite 2

SCHLAGLICHTER*

Montag, 2. April 2007

GdP zeigt Landesregierung wegen Strafvereitelung im Amt an

Die GdP hat Strafanzeige gegen die Landesregierung von Sachsen-Anhalt gestellt. Grund ist der drastische Stellenabbau in der Polizei nach dem Beschluss der Landesregierung vom 27. März 2007

Dienstag, 27. März 2007

Regierung erlässt drastisches Personalabbaukonzept

Alle Hinweise werden durch den MF in den Wind geschlagen. Trotz vieler Hinweise zu dem vorgelegten Personalentwicklungskonzept des MF hat sich Minister Bullerjahn durchgesetzt.

Dienstag, 27. März 2007

Die etwas bessere Nachricht

Gesetzentwurf für Einkommensverbesserungen für Beamte und Richter. Kabinett gibt Gesetzentwurf zur Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte und Richter zur Anhörung frei

Mittwoch, 21. März 2007

Presse-INFO-Personalabbaukonzept des Finanzministers

Polizei treibt auf den Abgrund zu. Die GdP hat Pläne des Finanzministers zur Kenntnis erhalten, die einen noch schnelleren und vor allem stärkeren Personalabbau in der Landespolizei beinhalten.

Dienstag, 20. März 2007

Erneuter Termin beim Innenminister – Pläne des Finanzministers veröffentlicht

Während eines Gesprächs am 19. März 2007 diskutierte Minister Hövelmann mit dem Landesvorsitzenden Koll. Karsten Schmidt die Auswirkungen des bekannt gewordenen Personalabbaukonzeptes des Finanzministers.

Donnerstag, 15. März 2007

Einigung erzielt – Entwurf Dienstvereinbarung zur PSR

*Unter dieser Überschrift werden kurze und prägnante Informationen aus den letzten Wochen veröffentlicht.

Fortsetzung auf Seite 7

¹Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

LBV diskutierte Fragen, die die Basis stellt

Halberstadt: Personalabbau, Besoldungsanpassung und Polizeistrukturreform. Wenn Polizeibeschäftigte in den Dienststellen Sachsen-Anhalts im Frühjahr 2007 miteinander sprachen, spielten diese Themen fast immer eine Rolle.

Wie soll es weitergehen in der Polizei? Wo finde ich mich in der neuen Struktur wieder? Wie wird in den kommenden Jahren meine soziale Situation sein? Diese Fragen beschäftigen die Kolleginnen und Kollegen immer wieder und sie möchten eine Antwort darauf.

Genau diese Fragen, die an der Basis immer wieder gestellt werden und mit denen viele Sorgen verbunden sind, diskutierte der Landesbezirksvorstand (LBV) der GdP Sachsen-

Anhalt auf seiner Sitzung am 23. und 24. März 2007 in Halberstadt.

Personalentwicklungskonzept als Personalabbauplan

An den Anfang seines Situationsberichts stellte der GdP-Landesbezirksvorsitzende Karsten Schmidt das so genannte Personalentwicklungskonzept der Landesregierung, das er als „Personalabbauplan“ bezeichnete. „Denn,“ so Karsten Schmidt, „dieser Plan enthält nichts, was die Bezeichnung ‚Konzept‘ auch nur verdient.“ Nach den Abbauplänen des Finanzministers Bullerjahn soll der Personalbestand in der Polizei um ein Drittel reduziert werden. „Im Kabinett wird über Zwangspensionierungen nach-



Karsten Schmidt: „Was ist, wenn oben entlassen wird und unten nichts mehr nachkommt?“

Fortsetzung von Seite 1

Dienstes muss in den nächsten zwei Jahren deutlich erhöht und auf den Stand der immer wieder zum Vergleich herangeführten Westländer gebracht werden. Gleichzeitig müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Fortbildung intensiviert und der Förderung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit unter Beachtung des Durchschnittsalters deutlicher als bisher Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Außerdem erwarte ich, dass sich die Landesregierung deutlicher als bisher um die Motivation in der Polizei Gedanken macht. Eine Polizei, die sich nur noch als Spardose des Landes versteht, wird in ihrem Selbstverständnis nur noch Frust, innere Kündigung und Demotivation erzeugen. Hier muss die Landesregierung endlich gegensteuern.

In diesem Sinne Euer
Karsten Schmidt

gedacht und Neueinstellungen soll es erst in vier Jahren geben. Das wird die GdP auf keinen Fall mittragen,“ erklärte der GdP-Landesvorsitzende. Karsten Schmidt berichtete auch über das Gespräch mit dem Innenminister am 19. März 2007, bei dem er festgestellt habe, dass der Minister selbst und auch die Leitung des Innenministeriums gegen dieses Konzept sind. Schließlich gebe es wegen der Überalterung große Probleme in der Bereitschaftspolizei und beim Spezialeinsatzkommando (SEK). „Für die GdP,“ versicherte Karsten Schmidt, „sind Zwangspensionierungen nicht vorstellbar. Freiwillige Lösungen könnten befürwortet werden, aber dann kommt es auf die Bedingungen an. Trotzdem stellt sich die Frage: Was ist, wenn oben entlassen wird und unten nichts mehr nachkommt? Wenn es keine Einigung gibt, wird die GdP das Problem in die Öffentlichkeit tragen und drastisch gegen den Personalabbau in der Polizei kämpfen.“ Um das Personal geht es zurzeit auch bei der

Polizeistrukturreform. In der letzten Sitzung des Lenkungsausschusses wurden die Sockeldienstpostenpläne für die drei neuen Polizeidirektionen bekannt gegeben. Dazu erklärte Karsten Schmidt: „Eine Diskussion war dort aber nicht möglich, da diese Pläne an den Landeshaushalt gekoppelt sind. Unverständlich ist es, wenn es zum Aufgabenzuwachs kommt und die Dienstposten unverändert bleiben. In der Sitzung des Lenkungsausschusses haben sich die Vertreter der DPoIG und des BDk dazu nicht geäußert. Später forderten sie die GdP auf, gemeinsam dagegen vorzugehen.“ Das Angebot des Innenstaatssekretärs Rüdiger Erben an die Gewerkschaften in der Kernarbeitsgruppe mitzuarbeiten, bezeichnete der GdP-Landesvorsitzende als „Ansinnen von DPoIG und BDk die Mehrheitsverhältnisse im Polizeihauptpersonalrat (PHPR) zu unterlaufen.“ Der PHPR, in dem die GdP die Mehrheit hat, ist bereits im Lenkungsausschuss vertreten.

Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 120
39112 Magdeburg
Telefon: (03 91) 6 11 60 10
Telefax: (03 91) 6 11 60 11
E-Mail: lsa@gdp-online.de

Redaktion:
Lothar Jeschke (Vi.S.d.P.)
Bahndamm 4
06862 Tiefen
Telefon (dienstlich): (03 91) 2 50-20 91
Telefax (dienstlich): (03 91) 2 50-19 20 91
(privat Telefon): (03 49 07) 2 09 32
(privat Fax): (03 49 07) 3 06 98
E-Mail: L.Jeschke@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-281X

LANDESBEZIRKSVORSTAND

Sinnesänderung bei Besoldungsanpassung

Die Kundgebung vom 23. Januar 2007 vor der Staatskanzlei nannte Karsten Schmidt einen größeren Erfolg als zuerst vermutet. "Die Fußballkrawalle in Leipzig am Wochenende danach hätten zusätzlich wohl bei einigen Leuten in der CDU zu einem Umdenken über die Bedingungen, unter denen Polizeibeamte ihren Dienst verrichten müssen, geführt. So könne man sich auch die unterschiedlichen Reaktionen und die Sinnesänderung von Ministerpräsident Böhmer erklären.

Das Einlenken der Landesregierung bei der Besoldungsanpassung müsse nun in eine Gesetzesinitiative münden und auf den Weg gebracht werden. Ganz große Probleme gibt es bei den unterschiedlichen Fristen der Angleichung in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10. Die GdP ist bemüht, eine Lösung zu finden und arbeitet zurzeit an entsprechenden Vorschlägen. Aber auch bei der Besoldungsanpassung gibt es noch viel zu tun. „Zuerst sollen die linearen Angleichungen unter Dach und Fach sein, danach werden wir wieder um die Sonderzahlung kämpfen,“ stellte der GdP-Landesvorsitzende klar.

Die Themen Besoldung und Polizeistrukturereform beherrschten auch die Berichterstattung aus den GdP-Bezirksgruppen. Besonders stark diskutieren die Kolleginnen und Kollegen über die unterschiedlichen Anpassungstermine bei den Besoldungsgruppen A 9 und A 10. Während die 100-Prozent-Besoldung bis zur Besoldungsgruppe A 9 schon ab dem 1. Januar 2008 gezahlt werden soll, wird dies nach der jetzigen Gesetzeslage ab der A 10 erst nach dem 1. Januar 2010 der Fall sein. In der GdP-Bezirksgruppe (BG) Halberstadt wurde aus diesem Grund vorgeschlagen, mit einer Musterklage eine Klärung herbeizuführen.



Edgar Pilz: „Beim Seminar herrschte ein offenes und herzliches Klima.“

Seminare vor Fusion

Zur Vorbereitung des Zusammenschlusses der GdP-Bezirksgruppen Magdeburg, Halberstadt und Stendal sowie der Bezirksgruppen (BG) Halle und Merseburg fanden vor einiger Zeit Seminare statt, in denen die Vertrauensleute diese Fusionen vorbereiteten. „Es herrschte ein offenes und herzliches Klima,“ berichtete Edgar Pilz aus der BG Merseburg. Die Wahl des neuen Bezirksgruppenvorstandes soll bis Ende Juli 2007 abgeschlossen sein. Lothar Faßhauer und Holger Jungklaus ergänzten, dass auch der Zusammenschluss der Stufenpersonalräte vorbereitet wird. Dazu wird zukünftig mindestens einmal im Monat eine gemeinsame Personalratssitzung stattfinden. Beide Kollegen bestätigten, dass beim gemeinsamen Seminar mit der BG Merseburg eine lockere Atmosphäre geherrscht habe und kein Gedanke an eine „feindliche Übernahme“ aufgekommen sei, wie dies z. T. durch die Führungsspitze hineingetragen wurde. Die Hallenser Kollegen machten deutlich, dass sie selbstständig auf der politischen Ebene agieren werden und haben sich vorgenommen, mit den Landtagsabgeordneten der verschiedenen Parteien zu diskutieren. Das erste Gespräch mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Marco Tullner fand am 19. März statt und führte zu neuen Erkenntnissen auf beiden Seiten. Ein weiteres Gespräch mit SPD-Abgeordneten ist für den 23. April 2007 geplant.

Ähnlich wie in Halle fanden und finden auch in Magdeburg gemeinsame Seminare zur Vorbereitung des Zusammenschlusses der GdP-Bezirksgruppen statt. Hier kommt es darauf an, alle Bereiche des GdP-Landesbezirkes zu berücksichtigen und keinen zurückzulassen. Wolfgang Jung, Vorsitzender der Landesseniorengruppe, bat deshalb darum, rechtzeitig zu klären, wo sich die Seniorenguppen in der neuen Organisationsstruktur wiederfinden.

Vom Landesvorstand ist vorgesehen, im Rahmen der Polizeistrukturereform eine Organisationsstruktur von acht GdP-Bezirksgruppen zu schaffen: BG Nord, BG Süd, BG Ost, BG Landeskriminalamt, BG Technisches Polizeiamt, BG Fachhochschule, BG Landesbereitschaftspolizei und BG Innenministerium. Unterhalb der Bezirksgruppen, in den Polizeidirektionen, werden Revierkreisgruppen gebildet, um die Arbeit an der Basis sicherzustellen. Eine weitere Untergliederung, z. B. in Kommissariatsgruppen, soll möglich sein. Über den aktuellen Stand der Polizeistrukturereform berichtete Jürgen Naatz, Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates. Er teilte mit, dass die nächste Sitzung der Kernarbeitsgruppe am 26. März 2007 stattfinden werde. Dort sollten dann der Organisationsplan, Immobilienfragen und die Probleme der Technik beraten werden. Fest

steht bisher, dass zum 1. Juli 2007 die neuen Behördenleiter ernannt werden, die dann die neue Organisationsstruktur umsetzen sollen. Ziel ist es, bis zum 1. Januar 2008 die Polizeidirektionen zu verschmelzen. Die Rechtsgrundlage dafür würde ein Artikelgesetz bilden, das von einem geänderten Personalvertretungsgesetz ergänzt werden soll. Der Entwurf der Dienstvereinbarung zur sozialverträglichen Umsetzung der Polizeistruktureform (DUP) wurde vom PPHR inzwischen an das Innenministerium übersandt. Diese Dienstvereinbarung wurde am 13. April 2007 vom Innenminister und vom Vorsitzenden des PPHR unterzeichnet.

Noch offene Fragen beim TVL

Der neue Tarifvertrag im öffentlichen Dienst der Länder (TVL) ist zwar eingeführt, doch nach wie vor sind viele Fragen offen. Zu einigen nahmen Anke Günther und Karl-Heinz Fischer, beide zuständig im GdP-Landesvorstand für Tariffragen, Stellung. Zunächst stellten sie klar, dass es nach dem TVL keine unterschiedlichen Beschäftigtengruppen wie Arbeiter und Angestellte mehr gibt. Für alle gilt der neue Tarifvertrag und für alle gelten auch die neuen Entgeltgruppen.

Fortsetzung auf Seite 4



Karsten Schmidt bedankt sich bei Karl-Heinz Fischer für die Arbeit als Tarifexperte im GLBV. Er hat sein Amt inzwischen an Anke Günther übergeben.

Neu im GLBV: Anke Günther

Im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GLBV) der GdP Sachsen-Anhalt ist seit einiger Zeit eine neue Kollegin für die Angelegenheiten der Tarifbeschäftigten zuständig. Jens Isensee, Mitglied des Vorstands der Bezirksgruppe (BG) Halberstadt, hat mit ihr gesprochen und stellt sie den Lesern der „Deutschen Polizei“ vor.

Kannst du kurz etwas zu deiner Person sagen?

Ich heiße Anke Günther und bin 44 Jahre alt. Zurzeit wohne ich in Halberstadt. Natürlich habe ich auch Familie und zwar einen 15-jährigen Sohn, der fleißig für sein späteres Fachabitur lernt.

Wie bist du denn überhaupt zur Polizei gekommen?

Gelernt habe ich Facharbeiterin für Schreibtechnik. 1991 später

schloss ich mein Fernstudium der Betriebswirtschaft ab. Ich arbeite zu dieser Zeit als ökonomische Leiterin im Bereich der Pflegeheimverwaltung. Dann kam die Elternzeit und 1993 der Umzug in den Landkreis Halberstadt. So musste ich mich nach einer neuen Tätigkeit umsehen. 1994 bewarb ich mich erfolgreich auf eine Ausschreibung der damaligen Polizeiinspektion Halberstadt als Verwaltungsangestellte im Kriminaldienst. Nach der Polizeistrukturreform 1995 wechselte ich dann in das Dezernat Organisation.

Da hast du ja schon eine Menge erlebt. Aber nun bist du ja im Stufenpersonalrat der PD Halberstadt und vertrittst die Arbeitnehmer. Wie lange kümmerst du dich schon um die Probleme der Arbeitnehmer?

Seit 2001 vertrete ich Angestellte und Arbeiter. Während dieser Zeit absolvierte ich auch den Angestelltenlehrgang I. Von dieser Ausbildung konnte ich



Jens Isensee sprach mit Anke Günther an ihrem Arbeitsplatz.

natürlich auch für meine Personalratstätigkeit profitieren. Als Gruppenvertreterin für Angestellte habe ich mich insbesondere mit dem Tarifrecht vertraut gemacht. 2005 wurde ich erneut in den Personalrat gewählt. Seitdem arbeite ich auch in der Bezirksgruppe Halberstadt der GdP mit. Aber nicht nur dort, sondern auch im Tarifausschuss der GdP. Unser Kollege Karl-Heinz Fischer war lange Zeit Vorsitzender dieses Ausschusses. Da er aber nun in seinen wohlverdienten Ruhestand geht, schlug er mich als seine Nachfolgerin vor. Seit dem 23. März 2007 bin ich Vorsitzende des Tarifausschusses. Ich habe mich sehr über das Vertrauen gefreut, dass ich diesen verant-

wortungsvollen Posten bekommen habe.

Da hast du ja eine Menge zu tun.

Ja, aber das ist nicht alles. Ich bin nun auch Mitglied in der großen Tarifkommission Bund der GdP und werde auch hier die Nachfolge von Karl-Heinz Fischer als Mitglied der Entgeltgruppe antreten. Zudem bin ich seit dem 24. November 2005 Mitglied im GLBV.

Was ist denn die „Entgeltgruppe“?

Das ist nicht so einfach. Mit Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages Länder wurden die Arbeitnehmer von den Vergütungsgruppen des ehemaligen BAT-Ost in Entgeltgruppen übergeleitet. Nun muss aber noch die ehemalige Vergütungsordnung durch eine Entgeltordnung ersetzt werden. Ich werde bei der Erarbeitung der neuen Entgeltordnung mitwirken.

Was hast du für die Zukunft geplant?

Natürlich möchte ich mich im Stufenpersonalrat weiter für die Arbeitnehmer engagieren. Eine große Herausforderung sehe ich bei der absehbaren Umsetzung der Polizeistrukturreform und der damit verbundenen Auflösung der Direktionen Magdeburg, Halberstadt und Stendal und deren Zusammenschluss zur PD Nord. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die damit verbundenen Personalmaßnahmen möglichst sozialverträglich vollzogen werden. Mit der neuen Polizeistruktur im Land Sachsen-Anhalt sind auch die Stufenvertretungen neu zu wählen. Ich werde wieder für die neue Stufenvertretung kandidieren.

Ich danke dir für das Gespräch.

Lothar Jeschke

Jens Isensee

LANDESBEZIRKSVORSTAND

Fortsetzung von Seite 3

„Zurzeit stellt sich die Frage, wie richtig eingruppiert und wie die Arbeitsplatzbewertung vorgenommen wird. Das wird sich noch bis in das Jahr 2008 hinziehen“, erklärte Karl-Heinz Fischer. Anke Günther erläuterte einige Änderungen, die sich aus dem TVL ergeben. So werden z. B. die Altersstufen von Entwicklungsstufen abgelöst und es soll zukünftig auch ein Leistungsentgelt geben. Dazu fehlt allerdings noch ein Leistungstarifvertrag, in dem die Modalitäten für die Zahlung des Leistungsentgeltes genau festgelegt sind. „So lange es den Leistungstarifvertrag nicht gibt, werden zwölf Prozent des Septembergehaltes als Leistungsentgelt ausgezahlt“, sagte Anke Günther. „Bei der Bundespolizei

liegt der Entwurf eines Leistungstarifvertrages vor.

Da ist der Ärger schon programmiert“, ergänzte Karl-Heinz Fischer. Weitere Verbesserungen, die der TVL vorsieht: Zahlung des Krankengeldzuschusses bis zur 39. Woche statt bis zur 26. und die Erhöhung des Urlaubs für gewerkschaftliche Zwecke von bisher sechs auf acht Tage. In das Thema Leistungstarifvertrag werde jetzt Bewegung kommen, teilte Karsten Schmidt mit. „Ende April sollen tatsächlich Verhandlungen darüber beginnen“, berichtete der Landesbezirksvorsitzende.

Fragen der Basis

Fragen, die an der Basis gestellt werden und die gelöst werden müssen, beschäftigten die Mitglie-

der des GdP-Landesvorstandes auf ihrer zweitägigen Sitzung. Ganz praktische Dinge, die jeden Polizeibeschäftigten in Sachsen-Anhalt treffen können und die sein Leben verändern würden. Wo also ist mehr Basisnähe, als bei der GdP? Sicher ist es schwerer, miteinander zu diskutieren, um Lösungen zu ringen, als in den verschiedensten Medien zu polemisieren und die Position des anderen zu schwächen.

Der GdP-Landesbezirk Sachsen-Anhalt zeigt gerade in den Zeiten des Umbruchs, die wir jetzt haben, wie die sozialen Interessen vertreten werden müssen. Das sollten wir als Mitglieder in den Dienststellen denen immer wieder sagen, die uns ihre Basisnähe beweisen wollen.

VORTRAG

Kriminalitätsbekämpfung in einer offenen Gesellschaft

Unter diesem Motto hatte die FDP-Landtagsfraktion am 13. März 2007 zu einer Gesprächsrunde in das Hotel „Ratswaage“ Magdeburg eingeladen. Für die GdP nahmen unser Landesvorsitzender Karsten Schmidt, der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Naatz sowie der Vorsitzende des Fachausschusses Kriminalpolizei Rolf Strehler teil.

Der eingeladene Referent Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamtes, sowie das Thema waren für uns Grund genug, diese Veranstaltung zu besuchen.

Unter dem Leitsatz: „Es geht nicht nur um die Freiheit vor dem Staat, sondern auch um die Freiheit durch den Staat,“ gelang es dem Redner überzeugend, den Bogen zwischen den politisch-rechtlichen Schranken und dem Sicherheitsauftrag für die Polizei und andere Sicherheitsbehörden zu schlagen.

Sehr schnell wurde das sensible Spannungsfeld zwischen dem notwendigen Datenbedarf und dem Schutz der persönlichen Daten vor übermäßigem Zugriff deutlich. Deutschland zählt immer noch zu den zehn sichersten Industrienationen der Welt. Das BKA konnte in der Vergangenheit viele Anschläge verhindern. Doch diese relative Sicherheit gab und gibt es nicht zum Nulltarif. Ziercke mahnte, dass es eine Reihe von terroristischen Anschlagversuchen gegeben hat, denen wir nur durch glückliche Umstände entgangen sind.

Angesprochen auf das Stichwort „Online-Durchsuchung“ machte Ziercke deutlich, dass das Internet die weiter wachsende Plattform für Terroristen und für schwerste Kriminalität darstellt. Dabei bietet es nahezu unbegrenzte Möglichkeiten der Kommunikation und – es ist nicht vollständig kontrollierbar! Die Verschlüsselung von Daten

ist mittlerweile so möglich, dass eine nachträgliche Entschlüsselung durch die Polizei praktisch nicht mehr zu realisieren ist. Ein adäquates Eingriffsrecht ist deshalb, bei aller Güterabwägung, unverzichtbar. Die Kriminalität unter Nutzung des Internets ist gigantisch angestiegen! Der Täter braucht dem Opfer nicht in die Augen zu sehen.

Für uns, als Vertreter der GdP in Sachsen-Anhalt, waren die Ausführungen nachvollziehbar und in vielen Bereichen auf uns übertragbar. Mehrfach kamen wieder Gedanken in uns auf: an unser Bundesland und an den Personalabbau bei der Polizei. Welches gewaltige kriminelle Potenzial sich im Internet tummelt und wie bieder wir im alten Stil unsere Vorgänge bearbeiten, schön nach PKS-Zahlen und Aufklärungsquote gemessen, mit immer weniger und immer älterem Personal. Da kommt einem schon das Nachdenken.

Dennoch, wir müssen dem Internet viel mehr Beachtung schenken! Auch die Täter, die nicht im Fokus des BKA stehen, aber uns tagtäglich beschäftigen, nutzen diese Kriminalitätsplattform ausgiebig und mit wachsender Professionalität. Ein Beispiel: Ich habe selbst im letzten Jahr an einem umfangreichen Ermittlungsverfahren gearbeitet. Es war schon beeindruckend, wie einfach der Haupttäter, mit Hilfe seines häuslichen Computers, große Firmen vielfach täuschen und letztlich einen enormen Schaden verursachen konnte. Das Know-how und die erforderlichen Programme für seine Handlungen hatte er sich aus dem Internet geholt.

Im weiteren Fortgang seiner Ausführungen ließ Ziercke keinen Zweifel daran, dass es in den Fällen, wo es notwendig und gerechtfertigt ist, zur Telefonüberwachung keine Alternative gibt! In der Diskussion wurden da-

tenrechtliche Bedenken zur Sprache gebracht. Ziercke setzte dagegen, dass es nicht darum gehe, unschuldige Bürger zu überwachen. Er machte nochmals deutlich, dass er sich im Falle einer terroristischen Bedrohung auf der Seite des operativen Handelns befindet. Zunehmende Technologisierung in der Schwerstkriminalität und im Terrorismus erfordern, laut Ziercke, auch adäquate Instrumente zu deren Bekämpfung.

Nach Abschluss der Veranstaltung waren wir recht nachdenklich. Wenn auch Vieles aus

der Sicht eines BKA-Präsidenten dargestellt war und uns nicht unmittelbar zu berühren scheint, so blieb doch der Beigeschmack, dass sich die Freiheit zunehmend schwerer schützen lässt und dass die Abwägung, wie weit der Staat dabei gehen darf, immer schwieriger wird. Vor allen Dingen braucht es dazu eine motivierte und gut ausgebildete Polizei mit ausreichendem Personal. Und das gilt nicht nur für das BKA ...

Rolf Strehler

BEZIRKSGRUPPE

Ministerbesuch



Bezirksgruppenvorsitzender Michael Wiegert (links) begrüßte seine Gäste.

Halberstadt. Auf Einladung der GdP-Bezirksgruppe Halberstadt fand am 11. April 2007 in der Gaststätte „Schwejk“ eine Diskussionsrunde mit Innenminister Holger Hövelmann und dem Bundestagsabgeordneten des Harzkreises, Andreas Stepphuhn (SPD), statt. Hier wurden hauptsächlich aktuelle Probleme der Polizei in Halberstadt

diskutiert. Ein wichtiges Thema war die Polizeistrukturreform im Harz. Interessant war auch das Gespräch über den „Wasserkopf“ in den Führungsetagen. Angeregt wurde, das Bekleidungskonto für persönliche Ausrüstungsgegenstände zu öffnen.

Mehr unter www.gdp.de/gdp/gdpsacms.nsf/id/BGHbs.

Jens Isensee

Afghanistan – quo vadis?! (Teil 2)

Der erste Teil des Berichtes des Kollegen Jens Wöhlbier über seinen Auslandseinsatz in Afghanistan im Herbst 2006 erschien in der DP, Landesteil Sachsen-Anhalt, 4/2007 (Die Landesredaktion).

An unseren freien Tagen (jeweils der Freitag) unternahmen wir kleinere oder größere Ausflüge in Kabul oder in der ganz nahen Umgebung. Einige Kollegen vom Projektbüro beteiligten sich daran. Viele Möglichkeiten, neben dem Bummel auf einem Basar beim Hauptquartier der ISAF, standen uns auf Grund der Sicherheitslage nicht zur Auswahl. So führte uns unser Weg an einem Tag ins Gebirge. Unsere „Reisegruppe“ wurde am Ende eines wunderschönen Tales von einem älteren Herrn zu einem Glas Tee eingeladen. Wir genossen unseren grünen Tee am Rande eines Baches und unterhielten uns mit unserem Gastgeber in Deutsch. Er erzählte uns, dass er mit seinen Söhnen einen Ausflug mache. Auf unsere Frage, wo er so gut Deutsch gelernt hat, erklärte er, dass er in München studiert hätte.

Mit Steinen und Kalaschnikow

Einen anderen Freitag nutzten wir, um zu einem nahe gelegenen Stausee zu fahren. Hier konnten wir zwei afghanische Polizisten besuchen, deren Aufgabe darin bestand, besagten Stausee zu bewachen. Sie arbeiteten und lebten unter wirklich ärmlichen Bedingungen. Eine Hütte ohne Fenster war Polizeiwache und Unterkunft für die beiden Kollegen zugleich. Es gab weder elektrisches Licht noch fließendes Wasser. Gekocht wurde in einem kleinen Verschlag am Rande ihres Postens, Wasser dafür gab es genügend. Sie mussten es „nur“ vom

30 Meter tiefer liegenden Stausee hochtragen. Ein Funkgerät oder Telefon konnten wir nicht entdecken. Außer einer Kalaschnikow hatten die Kollegen nur noch Steine, mit denen sie bei Bedarf werfen konnten, um ihre Aufgabe zu erfüllen.

So verging die Zeit und plötzlich wurde aus dem schönen Spätsommer Winter. Die Tage und Nächte wurden kälter und Anfang Dezember fiel auch in Kabul Schnee. Die Zeit der staubigen Luft schien vorüber. Aber auch hier wurde ich eines besseren belehrt. Sobald es aufhörte zu schneien oder zu regnen und die Sonne schien, wurde aus dem Schlamm und Matsch auf den Straßen wieder feinsten Staub, der sich erbarmungslos überall ausbreitete.

Heimreise – privat vorfinanziert

Schnell näherte sich das Ende unseres Aufenthaltes in Afghanistan. Und es wurde für uns noch einmal richtig spannend. Es ging um unsere Rückreise und welchen Weg wir nehmen würden. Witterungsunbilden machten den Flugplan der Bundeswehr zunichte. Es wurden Flüge gestrichen, geändert und verschoben. Wir hörten von unseren Kollegen aus Masar el Sharif, die vier Tage in Termez bei minus 15 Grad im Zelt schlafen mussten und auf ihren Weiterflug nach Deutschland warteten. Der Zeitpunkt unserer Ausreise rückte ins Ungewisse. Stefan Scharper, die gute Seele des Projektbüros, erwies sich als wahrer Freund und Helfer in der Not. Er organisierte über eine zivile Fluglinie Tickets für die Heimreise. Dann begann der Wettlauf mit der Zeit und der deutschen Bürokratie. Es wurden viele E-Mails geschrieben und Telefonate nach Deutschland geführt. Jeder von uns hatte für die Zeit nach Afghanistan viele wichtige Termine geplant und einigens organisiert.



Polizeiwache an einem Stausee in Afghanistan.



Das Trainerteam der deutschen Polizeibeamten bestand aus sechs Kollegen aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

Es erwies sich wieder einmal von Vorteil, wenn man jemanden kennt. Nicht zuletzt haben wir es Michael vom BKA zu verdanken, dass wir über Dubai und Wien pünktlich die Heimreise antreten durften, nachdem das BMI seine Zustimmung gegeben hatte. Er finanzierte privat die Tickets von Dubai nach Hause für uns vor. Ohne dieses unbürokratische, schnelle und selbstlose Handeln wäre mir zum Beispiel neben der rechtzeitigen Heimkehr ein Treffen

mit dem Innenminister unseres Landes zwei Tage später nicht möglich gewesen. Unsere Familien waren natürlich auch sehr glücklich über diesen Ausgang der Reise. Deshalb noch einmal an dieser Stelle ein spezieller Dank an Michael Reiling und allen anderen für die gezeigte Unterstützung.

Jens Wöhlbier

LANDESFRAUENGRUPPE

Sozial is muss!

Oder den Rest kriegen wir später.

Das war das Motto unseres diesjährigen Frauentages, vorgetragen in der „Magdeburger Zwickmühle“ von Vera Feldmann, Frank Hengstmann und Thomas Müller.

Am 9. März 2007, anlässlich des Internationalen Frauentages, hatte die Landesfrauengruppe aktive Kolleginnen aus den Bezirksgruppen zu einer Auf- führung in die „Magdeburger Zwickmühle“ geladen. Die Veranstaltung war ein kleines Dankeschön für die anwesenden Kol-

leginnen. Einige Frauen nahmen lange Anfahrtswege in Kauf, um hier ein paar unterhaltsame Stunden zu erleben, aber bei diesem Programm hatte sich die Mühe gelohnt. Wir wurden durch die Kabarettisten gut zwei Stunden durch ein Programm, das mit politischer Satire getränkt war, geführt. Die Themen voll aus dem Leben gegriffen: Arbeitslosigkeit, Diskriminierung, Schaumschlägerei. Immer unter dem Motto:

„Der Sozialstaat ist tot! Es lebe der Sozialstaat! Mit Blick vom ‚Hartz‘!“

Eine einfach gelungene Veranstaltung, einen herzlichen Dank an die Organisatorinnen.

Vera Ruppricht



Frauentagsfeier der etwas anderen Art: In diesem Jahr trafen sich GdP-Kolleginnen in der „Magdeburger Zwickmühle“.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe 7/2007 ist Freitag,

8. Juni 2007.

Für die Ausgabe 6/2007 ist Redaktionsschluss am

Montag, 7. Mai 2007.

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Die Landesredaktion

SCHLAGLICHTER

Fortsetzung von Seite 1

Die Mitglieder des PHPR haben in der Sitzung am 14. März 2007 einen Entwurf der Dienstvereinbarung zur sozialverträglichen Umsetzung der PSR zustimmend zur Kenntnis genommen.

Donnerstag, 15. März 2007
Verhandeln statt verordnen – DGB-Gewerkschaften fordern echtes Verhandlungsverfahren

Am 15. März 2007 führten Vertreterinnen und Vertreter des DGB und der Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP ein Gespräch mit Innenminister Holger Hövelmann.

**Die neuen sind da!**

Unser Katalog-Beispiel:

THAILAND/Khao Lak

Khao Lak Palm Beach Resort ****



Lage: südliches Ende des Sandstrandes des Khao Lak Nationalparks.

Ausstattung: 60 Zimmer, große Gartenanlage, 2 Pools (Badetücher u. Liegen inkl.) großes Restaurant
Zimmer: Wohnlich eingerichtet mit Dusche, WC, Föhn, Telefon, Sat-TV, Klimaanlage, Minibar und Terrasse.

Verpflegung: Amerikanisches Frühstücksbuffet. Halbpension beinhaltet zusätzlich Abendessen.

Sport: Fitnessraum (Gegen Gebühr: Schnorcheln, Sauna, Massage)

Preis p. P. 14 x ÜF/DZ, inkl. Flug ab:

770,- €



NEU: MEIER'S WELTREISEN-Gäste mit Anreise ab 01.05. und Abreise bis 31.10. erhalten 15 % Ermäßigung auf alle Speisen und Getränke im Hotelrestaurant sowie einen Late-Check-Out bis 16 Uhr (Vorbehaltlich Verfügbarkeit)

Unser Katalog-Beispiel:

ÖSTERREICH/Wien

Ein Abend beim Heurigen



Hotel Bellevue**:** Nahe dem Stadtzentrum, Restaurant, Café- Bar, Kellerstüberl, Lift, Parkplatz, 160 Zimmer. DERTOUR-Gäste erhalten Zimmer der Business-Kategorie (Föhn, Telefon, TV, Minibar, Bademantel, Safe)



Leistungen:

- 3 Nächte inkl. Vitalfrühstück
- Abholung vom Hotel
- Fahrt über Ringstraße zum Prater
- Riesenradfahrt im Prater
- Weiterfahrt zur Heurigen-Show
- Heurigen-Abendessen inkl. 1/4 l Wein und musikalischer Unterhaltung
- anschließend Rücktransfer zum Hotel

Preis p. P. im DZ ab: 223,- €

Frühbuchervorteil:
8 % Ermäßigung bis 60 Tage vor Anreise.
Spartermine: 4 = 3 Anreise 1.7. - 31.8.07

Nur bei uns erhalten Sie Ihren Reisekostenzuschuss.



Wilhelm-Buck-Str. 2

01097 Dresden

Tel.: (0351) 2 60 50- 81/-82

www.gdp-reisen.de

PSW-Partner



Ein starker Rücken macht das Leben leichter

Nutzen Sie ab sofort unser Angebot und sichern Sie sich **1 Monat Kieser Training zusätzlich** bei Abschluss eines 12- oder 24-Monate-Abos und eine **Rückenanalyse für € 15,-** statt € 35,- .

Das Angebot und der Gutschein gelten bei Vorlage des Dienstausweises für alle Angestellten des öffentlichen Dienstes in Mitteldeutschland bei Kieser Training in:

Chemnitz, Telefon (0371) 6949292
Dresden-Gruna, Telefon (0351) 250 12 80
Dresden-Neustädter Markthalle, Telefon (0351) 810 54 21
Erfurt, Telefon (0361) 658 58 55
Halle, Charlottencenter, Telefon (0345) 614 08 99
Leipzig-Mitte, Telefon (0341) 990 44 55
Magdeburg, Ulrichhaus, Telefon (0391) 531 39 99

www.kieser-training.com

KIESER[®]
TRAINING

Gesundheitsorientiertes Krafttraining

Wertgutschein

über € 20,- für eine Rückenanalyse *

* Sie zahlen nur € 15,- statt sonst € 35,- .
 Gültig in den oben genannten Kieser Training-Betrieben bei Vorlage Ihrer PSW-Kundenkarte.